



Linkspartei Irans (Volkspadaian): US-Sanktionen und Misswirtschaft in Iran behindern humanitäre Hilfe

11.04.2019: In dem sonst unter Trockenheit leidenden Iran regnet es seit Wochen. Rund 1.900 Städte und Dörfer waren im März überflutet worden. In der Stadt Khorramabad steht das Wasser bis zu drei Meter hoch. Nach Angaben der Rettungsdienste kamen 70 Menschen ums Leben. Rund 86.000 Menschen mussten in Notunterkünften untergebracht werden.

Die Aufräumarbeiten nach der ersten Flut sind noch nicht beendet, da droht bereits die nächste. Im Südwesten des Landes stehen bereits große Gebiete unter Wasser und es sind neue Regenfälle vorhergesagt. Bis zu 400.000 Menschen sind in der Provinz Chusistan von einer neuen Überschwemmung betroffen.

An der großen Karkeh-Talsperre, einem der wichtigsten Wasserreservoirs der Region, wurden bereits die Ventile geöffnet, da die Wassermassen die Stauwände einzudrücken drohten. Die Provinzregierung ordnete an, dass Städte am Ufer des Flusses Karkeh "so schnell wie möglich geräumt" werden.

Die Regierung in Teheran hat den Bürgern und insbesondere den von Überschwemmungen betroffenen Landwirten zugesagt, dass alle Verluste ausgeglichen werden. Allerdings ist der Staatshaushalt des Iran bereits durch hohe Rüstungsausgaben für die Beteiligung an Kriegen im Mittleren Osten sowie durch US-Sanktionen im Energie- und Bankensektor belastet. Durch diese wurden die Ölexporte halbiert und der Zugang zu Einnahmen im Ausland eingeschränkt.

Der iranische Außenminister Mohammed Dschawad Sarif schrieb auf Twitter, die US-Sanktionen würden die Bemühungen der Hilfsorganisation "Iranian Red Crescent" untergraben, den Menschen zu helfen. Als Beispiel nannte er, dass die Sanktionen es Teheran erschweren würden, fehlende Helikopter für die Evakuierung zu bekommen. Er sprach von "ökonomischem Terror".

Das Büro der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten hat dem Iran in der vergangenen Woche Hilfe zugesichert, könnte jedoch auch von den US-Sanktionen betroffen sein.

Die *Linkspartei Irans (Volkspadaian)* macht das theokratische Regime dafür verantwortlich, "in den 40 Jahren der Existenz des religiösen Staates mit großen Eingriffen in die Natur und

Vernachlässigung des Umweltschutzes weite Regionen des Landes gegen Naturkatastrophen hilflos gemacht" zu haben. Zusätzlich behindere die von US-Präsident Trump betriebene internationale Isolation Irans die humanitäre Hilfe. Die *Linkspartei Irans (Volksfadaian)* fordert die europäischen Regierungen auf, humanitäre Hilfe zu leisten.

Erklärung der *Linkspartei Irans (Volksfadaian)*

US-Sanktionen und Misswirtschaft in Iran behindern humanitäre Hilfe

Tausende Orte in Iran sind im März und April 2019 zu Schauplätzen von Überschwemmungen von nie da gewesenem Ausmaß geworden. Hunderttausende Menschen leiden. Zehntausende Häuser sind zerstört. Bis 05. April 2019 waren 70 Todesopfer gezählt.

Das Klima in Iran ist zunehmend von Dürre einerseits und Unwetter andererseits geprägt. Diese Vorboten der Klimakatastrophe wirken sich in einem Land in Iran, das unter Misswirtschaft leidet, um so stärker aus. Die Regierungen der Islamischen Republik Iran haben in den 40 Jahren der Existenz des religiösen Staates mit großen Eingriffen in die Natur und Vernachlässigung des Umweltschutzes weite Regionen des Landes gegen Naturkatastrophen hilflos gemacht. Die knappen Mittel des Landes werden zu einem Großteil für imperiale Vorhaben der religiösen Führung Irans ausgegeben.

Die vom US-Präsident betriebene internationale Isolation Irans behindert zusätzlich die humanitäre Hilfe in Iran. Aufgrund der Sanktionen ist es privaten Initiativen außerhalb Irans praktisch unmöglich geworden, die Überschwemmungsoffer in Iran zu unterstützen. Die meisten europäischen Regierungen unternehmen fast nichts dafür, das Leid des iranischen Volkes zu lindern.

Wir setzen auf die internationale Solidarität mit der iranischen Bevölkerung und darauf, dass linke und progressive Kräfte weltweit die Regierungen zur humanitären Hilfe für Iran aufrufen.

Linkspartei Irans (Volksfadaian)
Internationale Beziehungen
Mehdi Ebrahimzadeh